



Bevölkerungswanderung weltweit. Viele Menschen wandern aus Mittelamerika, Zentralafrika und Zentralasien (orange) ab. Ziel für Zuwanderungen sind meist westlich geprägte Staaten (blau). Wenige Staaten haben kaum Migration (grün), keine Angaben (grau).

Hier bin ich Mensch - hier darf ich's sein?

Fraktionsreport ¹⁰ 2010

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Alle Menschen willkommen heißen

KOMMENTAR



Helmut Holter
Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender

Mit ihrem Integrationsgipfel Anfang November hat sich die Bundesregierung ein Armutszeugnis ausgestellt. „Multikulti“ wurde als gescheitert erklärt, und eine aktive Integrationspolitik angekündigt. Für Schwarz-Gelb bedeutet dies: Weitere Mit-

telkürzungen, Schüren von Vorurteilen, Stigmatisierung von Zugewanderten und fortgesetzte Ausgrenzung. Es ist eine Politik der Desintegration. Die Bundesregierung demonstriert ein weiteres Mal ihre Inkompetenz. Sie ist nicht in der Lage, Zuwanderung und Integration als komplexes Thema zu begreifen, geschweige denn in diesem Sinne aktiv zu werden. Angesichts dieses Versagens ist es umso wichtiger zu schauen, was auf Landesebene getan werden kann. Hier wird zurzeit das Landesintegrationskonzept überarbeitet, das sich nach unserer Auffassung künftig an alle Migrantinnen und Migranten richten muss, egal wie lange

sie sich schon in MV aufhalten. Darüber hinaus müssen die spezifischen Probleme stärker ressortübergreifend begriffen und gelöst werden. Sprache ist der Integrations Schlüssel Nummer eins. Niedrigschwellige Sprachkurse für Erwachsene, zusätzliche Deutschförderstunden für die Kinder der Migrantinnen und Migranten müssen unkompliziert möglich sein. Auch die Regelungen zur Residenzpflicht sind weiter zu lockern. Nur mit gleichen Rechten beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt sowie demokratische Teilhabe und Mitbestimmung kann Integration gelingen. Integration ist keine

Einbahnstraße, sie stellt Ansprüche an die hier Lebenden, aber auch an die Zugewanderten, die nicht länger als Menschen zweiter Klasse behandelt werden dürfen. Und Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, sind eine Bereicherung. Sie müssen anerkannt und respektiert werden. Unsere Aufgabe ist es, einen toleranten, friedlichen Umgang mit allen Menschen zu fördern, egal welcher Herkunft sie sind.



Im November 2010 fand unter dem Motto „Hier bin ich Mensch – hier darf ich's sein?“ in Schwerin der erste Tag der Migrantinnen und Migranten statt. Auf der Konferenz haben wir mit Zuwanderinnen und Zuwandern, Vereinen der Integrationsarbeit sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die gegenwärtige Lage von Zugewanderten in Deutschland beraten und Anforderungen an die Integrationspolitik formuliert. Wir bleiben im Gespräch.

Referentinnen und Referenten:

Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE, Sprecherin für Migrationspolitik:
Integrationspolitik der Bundesregierung

Prof. Dr. Yves Bizeul, Universität Rostock:
Integrationskonzepte in Deutschland und Frankreich im Vergleich

Holger Schlichting, Ausländerbeauftragter der Hansestadt Wismar: *Integration von Migrantinnen und Migranten in MV – Ergebnisse, Realitäten, Erfordernisse*

Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrats MV:
Flüchtlinge in MV – Integration oder Ausgrenzung?

Mit der Sprache ins Leben



Koffi Antoine Anani stammt aus Togo. Er musste aus politischen Gründen fliehen und lebt seit 2001 in MV, Bad Doberan. FR sprach mit dem 43-jährigen.

Was war Ihr schlimmstes Erlebnis nach Ihrer Ankunft in Deutschland?

Bei der Ankunft am Busbahn-

Wie schon die Große Koalition baut die schwarz-gelbe Bundesregierung einen Popanz vom Integrationsverweigerer auf. Sie kann aber bis heute nicht sagen, was sie darunter versteht und wer diese Menschen sind. Interessanterweise widersprechen Bildungsträger, die Integrationskurse anbieten, diesem Trugbild, weil zehntausend Migrantinnen und Migranten seit Monaten auf diese Kurse warten. Es wird davon ausgegan-



Dr. Rubén Cárdenas

hof wurden ich und andere Asylbewerber von einem Mann beschimpft und mit einem Messer bedroht. Jemand hat die Polizei gerufen, der Mann ist dann geflüchtet. Schlimm waren auch die fehlenden Kontakte zu den Einheimischen hier in den ersten Jahren, ich war ja bis 2005 im Asylbewerberheim in Retschow.

Und die schönste Erfahrung?

Als ich ein Angebot für einen Sprachkurs wahrnehmen konnte. Den habe ich zwar selbst bezahlen müssen, er hat mir aber sehr geholfen, mit den Leuten näher bekannt zu werden und gemeinsam Dinge zu unternehmen. Später habe ich den Verein „migra“, der u.a.

Integrationskurse anbietet, mit begründet. 2009 bekam ich dann endlich meine Aufenthaltserlaubnis, und über meine Arbeit im Fischereihof bin ich auch sehr froh.

Was wünschen Sie sich am meisten?

Ich wünsche mir, dass ich noch mehr mit den Leuten in Bad Doberan unternehmen kann. Wir veranstalten zwar schon interkulturelle Wochen und einen afrikanischen Abend, aber noch mehr gemeinsame Aktivitäten und Projekte wären schön. Persönlich wünsche ich mir, dass ich wieder mit meiner Familie zusammen sein kann. Meine Frau und meine drei Kinder leben noch in Togo, ich hoffe sie bald wieder zu sehen.

gen, dass es bis Jahresende 20000 Migrantinnen und Migranten sein werden. Die Bundesregierung kürzt die Mittel und sagt, dass die Menschen nicht an den Kursen teilnehmen. Das kann man unter „TTT“ zusammenfassen: Tricksen, Täuschen, Tarnen. Das ist das Konzept von Schwarz-Gelb. Die Bundesregierung leugnet aus ideologischen Gründen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.



Sevim Dagdelen

Migrantinnen und Migranten sind nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte des Integrationsprozesses. Wir wollen seine Strukturen festigen als Individuen und Organisationen gleichberechtigt an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen teilhaben

und mitentscheiden. MIGRANET-MV, als Vertreter der Interessen der Migrantinnen und Migranten muss seine Strukturen festigen und weiter in die Entscheidungsprozesse, die Migrantinnen und Migranten betreffend, auf Landesebene einbezogen werden.



Integration statt Ausgrenzung!



Flüchtlinge sind von Integrationsmaßnahmen praktisch ausgeschlossen, wenn ihr Aufenthalt juristisch nicht auf Dauer angelegt ist. Die Realität zeigt: Es ist bei der Stellung eines Asylantrages nicht absehbar, wie lange sich ein Flüchtling in Deutschland aufhalten wird. Bei weniger als zwei Prozent aller Asylanträge wird Asyl erteilt. Dennoch werden nicht über 98 Prozent der Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben nach kurzer Zeit bereits wieder abge-

schoben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass eine relevante Anzahl von Menschen durch Nichtberücksichtigung als Zielgruppe von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen ist, obwohl sie über lange Zeit hier leben, ihre Kinder sogar immer hier bleiben werden. Niemand bezahlt den Flüchtlingen Deutsch- oder Integrationskurse. Flüchtlinge können – angesichts der Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – diese Kurse in der Regel nicht selbst bezahlen. Flüchtlinge haben im ersten Jahr keinen, später einen nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Teilweise können Arbeitsverbote verhängt werden. Flüchtlinge unterliegen der Residenzpflicht und der Beschränkung der Wohnsitznahme. Sie sind in der Regel verpflichtet in Lagern zu leben. Diese Sondergesetzgebung grenzt aus.



FLÜCHTLINGSRAT
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Der Flüchtlingsrat fordert daher

- ein Integrationskonzept für Mecklenburg-Vorpommern, das niemanden ausgrenzt, den Grundsatz dezentraler Unterbringung statt Lagerleben,
- die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes,
- die Abschaffung der Residenzpflicht, in einem ersten Schritt die Ausweitung des Bewegungsraumes auf ganz Mecklenburg-Vorpommern,
- Integrationskurse vom ersten Tag an,
- den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vom ersten Tag an.

Ulrike Seemann-Katz

Für einen respektvollen Umgang

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch nach MV kommen Menschen aus dem Ausland, wenn auch in eher bescheidenem Maße. Sie kommen aus der Russischen Föderation, der Ukraine, Vietnam, Polen und der Türkei, aus Afghanistan, dem Irak, Ghana und Togo, um nur einige Länder zu nennen. Sie kamen und kommen als Spätaussiedler, als jüdische Emigranten, als Asylsuchende, als Studenten, als Arbeitskräfte. So vielfältig wie die Herkunftsländer sind, so unterschiedlich der rechtliche Status ist, so unterschiedlich sind die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten und die gesellschaftlichen

und politischen Handlungsbedarfe. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, Voraussetzungen zu schaffen für die gleichen Rechte und Chancen der Zugewanderten. Sie sollen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können und ihre Herkunftskultur, Sprache und Identität beibehalten und pflegen können. Teilhabe erfordert demokratische Mitbestimmung. Deshalb setzen wir uns für das aktive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben. Migrationsfachdienste und Migrantenselbstorganisationen müssen personell und finanziell gestärkt werden.



Regelungen zur Residenzpflicht müssen mit Blick auf die Selbstbestimmung der Individuen gelockert werden. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingsfamilien muss gefördert werden.

Peter Ritter
Migrationspolitischer Sprecher der Fraktion

Dr. Rubén Cárdenas, migrant MV:

Teilhabe heißt mitgestalten. Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten

Dr. Maher Fakhouri, Integrationsfachdienst migra e.V.:
Berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten

Ingrid Laatz, Leiterin, des cjd Waren Migrationsdienstes:
Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Dr. Margit Maronde-Heyl, Fachberatungsstelle „DaZ in der Schule: Sprachförderung | Sprachbildung | Schulentwicklung bei der RAA MV e.V.:
Sprachliche Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Kultureller Rahmen: Eva Poppe las aus „Jeder von uns versteht ein Stück“ der Schreibwerkstatt „MV spricht viele Sprachen“, André Brie las aus seinen Reisetagebüchern aus Afghanistan und dem Irak, Musik vom Ensemble Nachtigall, Volkslieder aus Russland und Vietnam, Hikmat Al-Sabty, Etmeneh (arab. Lied), Auf dem Euphrat



Impressum

Fraktionsreport
herausgegeben von der
Fraktion DIE LINKE im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V. i. S. d. P: Claudia Schreyer
Layout: Lars Kulesch
Titelbild: Wikimedia Commons
November 2010

2011

Courage-Preis
Für Demokratie und Toleranz.

Der Courage-Preis 2011 wird Personen und Initiativen verliehen, die sich mutig und in besonderer Weise rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und diskriminierenden Handlungen entgegenstellen. Eingereicht werden können beispielsweise soziokulturelle, pädagogische und künstlerische Arbeiten oder Projekte, aber auch Einzelaktivitäten. Sie sollen öffentliche und aufklärende Wirkung haben, Zeugnis geben von Weltoffenheit und der Vielfalt der Kulturen und Mitmenschen zu couragiertem Handeln motivieren.

Teilnehmen können alle Personen, die in Mecklenburg-Vorpommern wohnen und/oder arbeiten und Initiativen, die im Land agieren. Sie können sich selbst bewerben, aber auch eine Person oder ein Projekt vorschlagen. Bewerbungsschluss ist der 30. April 2011.

Bitte nennen Sie uns den Namen der Person und/oder den Titel des Projekts mit Ansprechpartner/in sowie die dazugehörigen Kontaktdaten. Dazu benötigen wir eine kurze Begründung.

Mehr Informationen auf finden Sie auf unserer Internetseite.



„Die Rahmenbedingungen der Bundesregierung wirken integrationshemmend.“

Holger Schlichtung

„Wir müssen die Mehrsprachigkeit sichtbar machen, Sprachenvielfalt in Sprachenreichtum umwandeln.“

Dr. Margit Maronde-Heyl



„Das erste Mal in einer deutschen Schule war alles einfach Lärm für mich, denn ich verstand kein einziges Wort.“

Natali Horn, russisch, 17 Jahre, in „Jeder Anfang ist schwer“, gelesen von Eva Poppe

„In Frankreich und Deutschland wird mit veralteten Integrationskonzepten gearbeitet.“

Prof. Dr. Yves Bizeul



„Bildungschancen sind Lebenschancen. Schule hat eine Schlüsselfunktion für chancengleiche Teilhabe.“

Ingrid Laatz

www.linksfraktionmv.de

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern